

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeines	12
1.1. Einführung in die Körperschaftsteuer.....	12
1.2. Welche Rechtsgrundlagen sind maßgebend?	13
1.3. Das Gesellschaftsrecht im Überblick	13
1.3.1. Arten von Gesellschaften	13
1.3.2. Die Personengesellschaften	14
1.3.3. Die juristischen Personen (JP).....	16
1.3.3.1. Öffentlich- und privatrechtliche juristische Personen.....	16
1.3.3.2. Die Kapitalgesellschaften als wichtigste juristische Personen des privaten Rechts.....	16
1.3.3.2.1. Was sind Kapitalgesellschaften?	16
1.3.3.2.2. Gesellschaftsgründung	18
1.3.3.2.3. Haftungsszenarien	18
1.3.3.2.4. Prüf- und Berichtspflichten.....	19
1.3.3.2.5. Kapitalmaßnahmen.....	19
1.3.3.2.6. Beendigung der Gesellschaft.....	20
1.3.3.3. Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	20
1.3.3.4. Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit	20
1.3.3.5. Vereine	21
1.3.3.6. Privatstiftungen	21
1.3.3.7. Praxisthema: Die GmbH & Co KG.....	21
1.3.4. Optische Darstellungsformen für Gesellschaftsverhältnisse.....	22
1.4. System der Körperschaftsbesteuerung.....	23
1.4.1. Welche Besteuerungsgrundsätze bestehen im Vergleich zur Einkommen- steuer?	23
1.4.2. Wem wird das Einkommen bei Gesellschaftsverhältnissen zugerechnet?	24
1.4.2.1. Durchgriffsprinzip bei Personengesellschaften.....	24
1.4.2.2. Trennungsprinzip bei Kapitalgesellschaften	25
1.4.2.2.1. Grundsätze und Fremdvergleich.....	25
1.4.2.2.2. Der angestellte Gesellschafter.....	26
1.4.2.2.3. Was ist eine mittelbare Beteiligung?	26
1.4.2.3. Praxisthema: Einkünftezurechnung und zwischengeschaltene GmbH	27
1.4.3. Höhe der Gesamtsteuerlast auf Gewinne von Körperschaften.....	28
1.4.3.1. Doppelbesteuerung bei natürlichen Personen als Beteiligten?	28
1.4.3.2. Steuerlicher Günstigkeitsvergleich der Rechtsformen.....	30
1.4.4. Juristische Personen als Beteiligte: „Beteiligungsertragsbefreiung“	31
1.4.5. Verkauf der Beteiligung: Was ist mit Substanzgewinnen und -verlusten?	32
1.4.6. Überblick: Steuerpflicht für Substanzgewinne/-verluste und Ausschüttungen	33
1.5. Rechtsformwahl	33
1.5.1. Zivilrechtliche Überlegungen.....	33
1.5.2. Abgabenrechtliche Überlegungen.....	33
1.5.2.1. Vertragsverhältnisse und ihre Belastung.....	34
1.5.2.1.1. Der Einzelunternehmer/Mitunternehmer in Sozial- versicherung und Steuerrecht.....	34

1.5.2.1.2. Praxisthema: Der GmbH-Gesellschafter-Geschäftsführer in Sozialversicherung und Steuerrecht	35
1.5.2.1.3. Entscheidungsbäume zum Gesellschafter-Geschäftsführer	37
1.5.2.2. Praxisthema: Vergleichsrechnungen: Ist eine GmbH mit Dienst- verhältnis oder ein Einzelunternehmen (Personengesellschaft) steuerlich vorteilhaft?	38
1.5.2.3. Praxisthema: Überstunden von angestellten Gesellschaftern	42
2. Persönliche Steuerpflicht	44
2.1. Umfang der Steuerpflicht (§ 1)	44
2.2. Die unbeschränkte Steuerpflicht (§ 1 Abs 2)	44
2.2.1. Juristische Personen des privaten Rechts	44
2.2.2. Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts	44
2.2.3. Nichtrechtsfähige Personenvereinigungen, Anstalten, Stiftungen und andere rechtsfähige Zweckvermögen	45
2.2.3.1. Stiftungen und Fonds	45
2.2.3.2. Anstalten	45
2.2.3.3. Kreditinstitute, Sparkassen	45
2.2.3.4. Ausländische juristische Personen mit inländischer Geschäfts- leitung	45
2.3. Die beschränkte Steuerpflicht (§ 1 Abs 3)	46
2.3.1. Beschränkte Steuerpflicht „der ersten Art“ – für ausländische Körper- schaften	46
2.3.2. Beschränkte Steuerpflicht „der zweiten Art“ – für abzugspflichtige Einkünfte	46
2.3.2.1. Inländische Körperschaften des öffentlichen Rechts	46
2.3.2.2. Von der unbeschränkten Steuerpflicht ausdrücklich befreite juristische Personen des privaten Rechts	47
2.3.2.3. Übersicht	47
2.4. Was sind Betriebe gewerblicher Art (§ 2)?	48
2.4.1. Begriff und Hintergrund der Steuerpflicht	48
2.4.2. Wann liegt ein Betrieb gewerblicher Art vor?	48
2.4.2.1. Wirtschaftliche Selbständigkeit gegenüber der Trägerkörperschaft ...	48
2.4.2.2. Nachhaltigkeit der Betätigung	48
2.4.2.3. Keine hoheitliche Aufgabenerfüllung, sondern Privat- wirtschaftlichkeit	49
2.4.2.4. Gewerblichkeit	50
2.4.2.5. Wirtschaftliches Gewicht der Betätigung	50
2.4.2.6. Einnahmen- oder Vorteilserzielungsabsicht	50
2.4.3. Fiktiver Betrieb gewerblicher Art	51
2.4.3.1. Beteiligung an einer Mitunternehmerschaft	51
2.4.3.2. Verpachtung eines Betriebes gewerblicher Art	51
2.4.3.3. Vermietung/Verpachtung von Grundstücken durch bestimmte Körperschaften	51
2.4.3.4. Darlehenshingabe durch KöR an nahestehende Darlehens- nehmer	51
2.4.4. Garantierter Verlustausgleich für Versorgungsbetriebe	52
2.4.5. Gegenüberstellung BgA in KöSt und USt	53
2.5. Beginn und Ende der Steuerpflicht (§ 4)	54

2.6. (Persönliche) Steuerbefreiungen	56
2.6.1. Bedeutet die persönliche Steuerbefreiung eine komplette Steuerfreiheit?	56
2.6.2. Welche Körperschaften sind nach § 5 befreit?	56
2.7. Steuerbefreiung für „gemeinnützige“ Vereine	58
2.7.1. Was bedeutet die Gemeinnützigkeit für die Besteuerung?	58
2.7.1.1. Welche Zwecke sind gemeinnützig?	60
2.7.1.2. Mildtätige Zwecke	61
2.7.1.3. Kirchliche Zwecke	61
2.7.1.4. Ausschließlichkeit der Förderung begünstigter Zwecke erforderlich	61
2.7.2. Wirtschaftliche Aktivitäten gemeinnütziger Vereine	62
2.7.2.1. Steuerfrei: Unentbehrliche Hilfsbetriebe	62
2.7.2.2. Isoliert steuerpflichtig: Entbehrliche Hilfsbetriebe	63
2.7.2.3. Gemeinnützigkeitsschädliche Hilfsbetriebe und Gewerbebetriebe	63
2.7.2.4. Was ist bei Mischbetrieben?	64
2.7.2.5. Überblick über wirtschaftliche Vereinsaktivitäten	64
2.7.3. Freibetrag für begünstigte Zwecke	65
2.7.4. Müssen gemeinnützige Vereine ihre Kapitalerträge versteuern?	65
2.7.5. Übersicht über die Besteuerung von Vereinsaktivitäten	66
3. Sachliche Steuerpflicht	67
3.1. Der körperschaftsteuerliche Einkommensbegriff	67
3.1.1. Wie ist das Verhältnis zum EStG 1988?	67
3.1.2. Gibt es bei Körperschaften einen Verlustausgleich?	68
3.1.3. Ist bei Körperschaften Liebhaberei denkbar?	69
3.2. Gewinnermittlung, Einkunftsarten	69
3.2.1. AG, GmbH und andere unter § 7 Abs 3 fallende Körperschaften	69
3.2.2. Nicht unter § 7 Abs 3 fallende Körperschaften	70
3.2.3. Praxisthema: Gewinnermittlung bei Personengesellschaften ab 2007	71
3.3. Sachliche Steuerpflicht bei beschränkt Steuerpflichtigen	72
3.3.1. Beschränkt Steuerpflichtige der ersten Art (ausländische Körperschaften)	72
3.3.2. Mit abzugspflichtigen Einkünften beschränkt Steuerpflichtige (der zweiten Art)	74
3.3.2.1. Kapitalerträge des § 93 EStG	74
3.3.2.1.1. Ausnahmen von der Steuerpflicht	76
3.3.2.1.2. Beispiele für die Besteuerung von Kapitalerträgen von beschränkt Steuerpflichtigen der zweiten Art	77
3.4. Nicht steuerbare Vermögenserhöhungen	78
3.4.1. Vorweg: Wie ist das Eigenkapital einer Kapitalgesellschaft aufgebaut?	78
3.4.1.1. Das fixe Nennkapital	79
3.4.1.2. Was kommt in die Kapitalrücklage?	79
3.4.1.3. Die Gewinnrücklagen speichern Gewinne	80
3.4.1.4. Der Bilanzgewinn (Bilanzverlust)	80
3.4.1.5. Beispiele zum Eigenkapital	80
3.4.1.6. Echte Ausschüttung oder Einlagenrückzahlung?	80
3.4.2. Einlagen	81
3.4.2.1. Wann liegen offene Einlagen vor?	81
3.4.2.2. Was sind „verdeckte Einlagen“?	83
3.4.2.3. Nutzungseinlagen – steuerlich nicht anerkannt	84

3.4.2.4.	Mögliche Rechtsfolgen von „Gesellschafterdarlehen“	85
3.4.2.5.	Praxisthema: Verzicht des Gesellschafters bei nicht mehr voll werthaltiger Forderung – Einlage oder Ertrag?.....	86
3.4.2.6.	Praxisthema: Teilwertabschreibung von unverzinslichen Gesellschafterdarlehen?	88
3.4.2.7.	„Großmutterzuschuss“ als mittelbare Einlage.....	90
3.4.2.8.	Entspricht die Einlage iSd KStG einer Einlage iSd EStG?	91
3.4.3.	Einlagenrückzahlungen – contrarius actus zur Einlage (§ 4 Abs 12 EStG)	91
3.4.3.1.	Formen der Einlagenrückzahlung.....	92
3.4.3.2.	Abgrenzung gegenüber Ausschüttungen	92
3.4.3.3.	Steuerliches Eigenkapital-Evidenzkonto erforderlich.....	92
3.4.3.4.	Welche Steuerwirkungen haben Einlagenrückzahlungen auf Ebene der Gesellschafter?.....	95
3.4.3.5.	Vergleich Einlagenrückzahlung – Gewinnausschüttung.....	95
3.4.4.	Praxisthema mit Beispielen: Einlagenrückzahlung oder Gewinn- ausschüttung.....	97
3.4.4.1.	Einleitung	97
3.4.4.2.	Beispiele mit „zurückliegenden“ Gewinnen.....	98
3.4.4.3.	Beispiele mit Jahresgewinnen	100
3.4.4.4.	Praxisbeispiel.....	102
3.4.4.5.	Zusammenfassung	103
3.4.5.	Praxisthema: Erwerb eigener Aktien.....	103
3.4.5.1.	Ist der Erwerb eigener Aktien Einlagenrückzahlung, Ausschüttung oder „gewöhnlicher“ Anschaffungs- und Veräußerungsvorgang?	104
3.4.5.1.1.	Erwerb zur Einziehung und übrige Anschaffungs- vorgänge	104
3.4.5.1.2.	Wirkungen beim Gesellschafter	105
3.4.5.1.3.	Erwerb zur Einziehung: Einlagenrückzahlung oder Ausschüttung?	105
3.4.5.2.	Ist der Aktienrückkauf gesellschaftlich oder betrieblich veranlasst? ...	106
3.4.5.3.	Führt die Steuerwirksamkeit zu einer Doppel(nicht)besteuerung?	107
3.4.5.4.	Unangemessene Gegenleistung	107
3.4.6.	„Echte“ und „unechte“ Mitgliedsbeiträge	107
3.4.7.	Erbschaften und Schenkungen	108
3.5.	Welche Vermögenserhöhungen sind ausdrücklich befreit? (sachliche Befreiungen)	108
3.5.1.	Rechtspolitische Rechtfertigung des § 10 KStG	108
3.5.2.	Rechtsentwicklung	109
3.5.3.	Die (nationale) Beteiligungsertragsbefreiung (§ 10 Abs 1 Z 1–4)	110
3.5.3.1.	Wann liegt ein befreiter „Gewinnanteil“ vor?.....	110
3.5.3.2.	Voraussetzungen für die Beteiligungsertragsbefreiung	110
3.5.3.3.	Muss die ausschüttende Körperschaft KEST einbehalten?.....	111
3.5.4.	Die Beteiligungsertragsbefreiung für EU/EWR-Portfolioanteile	111
3.5.4.1.	Befreiungsvorschrift (§ 10 Abs 1 Z 5 und 6)	111
3.5.4.1.1.	Voraussetzungen.....	111
3.5.4.1.2.	Wirkungen.....	112
3.5.4.1.3.	Inkrafttreten und Fragen der Rückwirkung.....	112
3.5.4.2.	Besteuerungsvorbehalt (§ 10 Abs 5 und 6)	112
3.5.4.3.	Praxisthema: Nachweisproblematik iZm § 10 Abs 5 und 6	113

3.5.5. Das internationale Schachtelprivileg (§ 10 Abs 1 Z 7, Abs 2 bis 4)	115
3.5.5.1. Anwendungsvoraussetzungen (§ 10 Abs 2 KStG)	115
3.5.5.2. Steuerliche Wirkungen der internationalen Schachtelbefreiung	116
3.5.5.3. Wie entsteht und endet eine Schachtelbeteiligung?	116
3.5.5.4. Option zur Steuerpflicht – zur Sicherung von Substanzverlusten (§ 10 Abs 3 Z 1 bis 4)	117
3.5.5.5. Praxisthema: Verwertung endgültiger Verluste	117
3.5.5.6. Missbrauchstatbestand bei Holding-Tochter in Niedrigsteuerland (§ 10 Abs 4 und 6)	118
3.5.5.7. Wie war die alte Regelung vor 2004?	119
3.5.5.7.1. Anwendungsvoraussetzungen	119
3.5.5.7.2. Wirkungen	119
3.5.5.7.3. Übergangsbestimmungen – wann musste die Option abgegeben werden? (§ 26a Abs 16)	119
3.5.6. KEST-Pflicht bei Ausschüttungen ins Ausland?	122
3.5.6.1. Rechtslage bei Auswärtss Ausschüttungen	122
3.5.6.1.1. KEST-Befreiung gemäß § 94a EStG	123
3.5.6.1.2. BudBG 2009: KEST-Rückerstattung gemäß § 21 Abs 1 Z 1a KStG	123
3.5.6.2. Praxisthema: KEST bei offenkundiger verdeckter Ausschüttung	124
3.5.7. Überblick zu § 10 KStG und zum KEST-Abzug	125
3.5.8. Sanierungsgewinne steuerbefreit (§ 23a)	125
3.5.9. Sind die EStG-Befreiungen auch auf Körperschaften anwendbar?	126
3.6. Nicht oder nicht voll abzugsfähige Vermögensminderungen	126
3.6.1. Wann liegt Einkommensverwendung vor?	126
3.6.2. Offene Ausschüttungen	127
3.6.2.1. Begriff, Erscheinungsformen	127
3.6.2.2. Unterliegen Ausschüttungen immer der KEST?	127
3.6.2.3. Fremdfinanzierte Ausschüttungen – Zinsen abzugsfähig	127
3.6.3. Was sind verdeckte Ausschüttungen (vA)?	128
3.6.3.1. Grundsätzliche Erscheinungsformen der verdeckten Ausschüttung	129
3.6.3.2. Rechtsfolgen der vA bei der Körperschaft	129
3.6.3.3. Rechtsfolgen der vA beim Anteilshaber	130
3.6.3.3.1. Natürliche Person als Empfänger	130
3.6.3.3.2. Körperschaft als Empfängerin	130
3.6.3.3.3. Treten verdeckte Ausschüttungen auf Gesellschafts- bzw Gesellschafterebene immer gleichzeitig auf?	131
3.6.3.3.4. Fremdfinanzierte verdeckte Ausschüttung – Zinsen auch abzugsfähig?	132
3.6.3.4. „Vorteilsgewährungsabsicht“ (subjektive Seite der vA)	132
3.6.3.5. Wem sind verdeckte Ausschüttungen zuzurechnen?	133
3.6.3.6. Kann man verdeckte Ausschüttungen rückgängig machen?	134
3.6.3.7. Wann ist ein „Vorteilsausgleich“ zur Vermeidung einer vA gegeben?	134
3.6.3.8. Beispiele für die vielfältigen Erscheinungsformen und die steuerlichen Konsequenzen von verdeckten Ausschüttungen	134

3.6.3.9. Praxisthema: Die überpreisige Anschaffung vom Gesellschafter als verdeckte Ausschüttung.....	136
3.6.3.9.1. Beispielfall	136
3.6.3.9.2. Lösungsvorschlag	137
3.6.3.9.3. Gegenüberstellung der beiden Varianten	138
3.6.3.9.4. Zusammenfassung	139
3.6.3.10. Praxisthema: Können Kapitalgesellschaften auch eine „außer- betriebliche Sphäre“ haben?.....	139
3.6.3.11. Verdeckte Ausschüttung und Liebhaberei	141
3.6.3.12. Verdeckte Ausschüttung und USt.....	141
3.6.3.13 Entscheidungsbaum	144
3.6.4. Dem § 20 EStG nachgebildete gesetzliche Abzugsverbote und Abzugsbeschränkungen.....	145
3.6.4.1. Die einzelnen Tatbestände	145
3.6.4.2. Zusammenhang mit steuerfreien Einnahmen.....	146
3.6.5. Abzugsbeschränkungen und Abzugsverbote im Zusammenhang mit Wertveränderungen von Beteiligungen.....	147
3.6.5.1. Die Siebentelregelung für Teilwertabschreibungen und Veräußerungsverluste	147
3.6.5.2. Wie sind Mehrfachabschreibungen und Zuschreibungen zu behandeln?	148
3.6.5.3. Welche Ausnahmen von der Siebentelung bestehen?.....	148
3.6.5.4. Praxisthema: Teilwertabschreibung und Gegenverrechnung.....	149
3.6.5.5. Zuschreibung nur bei Wegfall derselben Gründe?	150
3.6.5.6. Abzugsverbot für bestimmte Teilwertabschreibungen und Veräußerungsverluste	151
3.6.5.6.1. Was ist eine ausschüttungsbedingte Teilwert- abschreibung?	151
3.6.5.6.2. Was ist eine „einlagenbedingte Teilwertabschreibung“? ..	152
4. Sonderausgaben	154
4.1. Der Verlustvortrag (Verlustabzug) als wichtigste Sonderausgabe.....	154
4.1.1. Die 75-%-Vortragsgrenze.....	154
4.1.2. Was ist ein „Mantelkauf“?.....	154
4.1.3. Vorgruppenverluste	156
4.1.4. Verlustvortrag und Umgründungen	156
4.2. Sonstige Sonderausgaben.....	156
5. Privatstiftungen	157
5.1. Was sind Privatstiftungen?	157
5.2. Wie werden Privatstiftungen grundsätzlich besteuert?	157
5.2.1. Was versteht man unter einer „Zwischensteuer“?	158
5.2.2. Praxisthema: Sind Beteiligungserträge (Gewinnausschüttungen) bei Stiftungen steuerfrei?	158
5.3. Praxisthema: Stiftungseingangssteuer (StiftEG) nach dem SchenkMG 2008	159
5.3.1. Wer unterliegt der Stiftungseingangssteuer?	160
5.3.2. Steuersatz: 2,5% oder 25%	161
5.4. Zuwendungen von Privatstiftungen.....	162
5.5. Praxisthema: Steuerneutrale Substanzauszahlung von gestiftetem Vermögen	163
5.5.1. Was versteht man unter einer steuerneutralen Substanzauszahlung?.....	163

5.5.2. Grundsatz: Zunächst steuerpflichtiger Ertrag, dann steuerfreie Substanz.....	163
5.5.3. Sind Neubewertungen nach § 202 Abs 1 UGB zu korrigieren?	164
5.5.4. Evidenzkonto erforderlich.....	164
5.5.5. Ab wann gilt die steuerneutrale Substanzauszahlung?	165
5.6. Praxisthema: Übertragung stiller Reserven nach dem AbgSiG 2007	165
5.7. Wie werden gemeinnützige Privatstiftungen besteuert?.....	166
5.8. Was sind betriebliche Privatstiftungen?.....	167
5.9. Überblick zur Besteuerung von Privatstiftungen.....	168
6. Einkommenszurechnung.....	169
6.1. Worum geht es bei der Gruppenbesteuerung?.....	169
6.2. Das Konzept der Gruppenbesteuerung	169
6.2.1. Was sind die Eckpunkte der Gruppenbesteuerung?.....	169
6.2.2. Wie sehen die Voraussetzungen der Gruppenbesteuerung konkret aus?.....	170
6.2.2.1. Wer kann Gruppenträger sein?	170
6.2.2.2. Wer kann Gruppenmitglied sein?	170
6.2.2.3. Wie kann die finanzielle Verbindung hergestellt werden?	171
6.2.2.4. Aktuelle Rechtsentwicklung.....	173
6.2.2.5. Gruppenantrag.....	173
6.2.3. Stufenweise Ergebniszurechnung.....	174
6.2.3.1. Volle Ergebniszurechnung im Inland	174
6.2.3.2. Beteiligungsbezogene Verlustzurechnung bei ausländischen Gruppenmitgliedern	174
6.2.3.3. Praxisthema: Nachversteuerung von Auslandsverlusten	175
6.2.4. Was sind Vor- und Außergruppenverluste?	177
6.2.5. Gibt es Besonderheiten bei der Gewinnermittlung?.....	177
6.2.5.1. Keine steuerwirksame Teilwertabschreibung auf Gruppen- mitglieder	177
6.2.5.2. Firmenwertabschreibung auf inländische Beteiligungen	178
6.2.5.2.1. Voraussetzungen, Abschreibungsbasis und -dauer	178
6.2.5.2.2. Wie verhalten sich Teilwertabschreibungen und Firmenwertabschreibungen zueinander?.....	179
6.2.5.3. Erfordernis eines Gruppenantrages.....	179
6.2.5.3.1. Der Gruppenantrag	180
6.2.5.3.2. Nachträgliche Änderungen sind anzuzeigen	180
6.2.5.3.3. Mindestdauer: Dreijahresfrist für Unternehmensgruppe	180
6.2.5.3.4. Was geschieht, wenn ein Gruppenmitglied (vorzeitig) ausscheidet?	181
7. Tarif.....	182
8. Erhebung der Körperschaftsteuer	183
8.1. Was ist die Mindestkörperschaftsteuer (MiKö)?	183
8.1.1. Wie hoch ist die MiKö?.....	183
8.1.2. Die MiKö bei Unternehmensgruppen	184
8.1.3. Die Verrechnung der MiKö	184
8.2. Kapitalertragsteuer.....	185

9. Beendigung der Körperschaft.....	186
9.1. Die Liquidation	186
9.2. Umgründungen im Überblick	187
9.2.1. Was versteht man unter Umgründungen?	187
9.2.2. Welche Umgründungen fallen unter das UmgrStG?	188
9.2.2.1. Verschmelzung (Fusion; Art I UmgrStG)	188
9.2.2.2. Umwandlung (Art II UmgrStG)	188
9.2.2.3. Einbringung (Art III UmgrStG)	189
9.2.2.4. Zusammenschluss (Art IV UmgrStG)	189
9.2.2.5. Realteilung (Art V UmgrStG)	189
9.2.2.6. Spaltung (Art VI UmgrStG)	190
9.2.3. Welche Grundsätze gelten im UmgrStG?	190
9.2.3.1. Buchwertfortführung statt Gewinnrealisierung	190
9.2.3.2. Sind Buchgewinne/Buchverluste steuerneutral?	191
9.2.3.3. Verlustvortrag folgt idR dem Betrieb („objektbezogener Verlust- vortragsübergang“)	191
9.2.3.4. Rückwirkung bis neun Monate	192
9.2.3.5. Äquivalenz darf nicht verletzt sein	192
9.2.3.6. Steuerlastverschiebungen sind auszuschließen	192
9.2.3.7. Was kann Gegenstand von steuerneutralen Umgründungen sein? (Vermögensbegriff)	193
9.2.3.8. Gegenleistung	193
10. Anhang	194
Stichwortverzeichnis	209